

Der Heilige Stuhl und Polen während der Kriegsjahre

Nach den Briefen Pius' XII. an die deutschen Bischöfe aus den Kriegsjahren 1939–1945¹ erscheint jetzt in der Reihe der Akten des Päpstlichen Staatssekretariats zur Geschichte des zweiten Weltkriegs ein umfangreicher Band mit Dokumenten, die die Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und der polnischen Kirche sowie den Diözesen der baltischen Länder betreffen². Er enthält über 600 Stücke, die jeweils in der Originalsprache – zumeist lateinisch oder italienisch, seltener deutsch oder französisch – wiedergegeben werden, während der übrige Text (Einleitung, Anmerkungen, Register) entsprechend der Anlage der ganzen Reihe in französischer Sprache geschrieben ist. Vier Kartenbeilagen und mehrere Faksimilewiedergaben gewichtiger Dokumente helfen dem Leser.

Verantwortung und Schuld der Deutschen

Der Band geht uns Deutsche kaum weniger an als die Angehörigen der im Titel genannten Völker, ja, man wird ihn als Deutscher mit tiefer Beschämung zur Hand nehmen. Diese Texte zeigen Stationen des fast sechs Jahre dauernden Kreuzwegs der polnischen Kirche. Die Ereignisse, für die Deutschland verantwortlich ist, liegen noch keine drei Jahrzehnte zurück. Der Bischof von Włocławek, Radoński, der sich damals in England aufhielt, schrieb im September 1942 an Kardinalstaatssekretär Maglione: „Jetzt aber haben ein abgründtiefer See unschuldig vergossenen Blutes und unerhörte Verbrechen, die tagtäglich begangen werden, Polen und Deutsche auf Jahrhunderte hinaus voneinander getrennt“ (Nr. 410, S. 634). Mit dieser Feststellung hat sich der Bischof keiner Übertreibung schuldig gemacht, und man möchte hoffen, daß seine Voraussage auch schon nach Ablauf nur eines Vierteljahrhunderts nicht mehr zuträfe.

Die Vernichtungspolitik der deutschen Verwaltungsstellen läßt sich mit dem Hinweis auf polnischen Nationalismus und Spannungen zwischen den Völkern jenes Raumes nicht entschuldigen. Daß es solche Spannungen gab, und zwar in mehrfachen Überkreuzungen, wird auch aus dieser Dokumentensammlung ersichtlich, obgleich sie ausschließlich das religiöse Leben berücksichtigt. So hören wir von Schwierigkeiten

¹ Vgl. B. Schneider, Pius XII. an die deutschen Bischöfe, in dieser Zschr. 177 (1966) 252–266.

² Actes et Documents du Saint Siège relatifs à la seconde guerre mondiale. 3: Le Saint Siège et la situation religieuse en Pologne et dans les Pays Baltes 1939–1945 (Città del Vaticano 1967) 1^{re} partie: 1939–1941; 2^{me} partie: 1942–1945. XXXII, 963 S. (durchlaufende Seitenzählung) mit 4 Karten u. 14 Faksimiles.

und einseitigen Lösungen in gemischtsprachigen Pfarreien wegen der Sprache im Gottesdienst³. Dann herrschten nicht minder starke Spannungen zwischen den Polen des lateinischen Ritus und den unierten Ukrainern oder Ruthenen des slawischen Ritus, Spannungen, bei denen es auch nicht an ungerechtfertigten und übertriebenen Maßnahmen fehlte.

Schließlich kommt noch der polnisch-litauische Streit mit dem Zankapfel Wilna hinzu, der mit der Angliederung Wilnas an Litauen nach dem Polenfeldzug und mit der Ernennung des litauischen Weihbischofs Reiny's zum Koadjutor des polnischen Erzbischofs Jalbrzykowski seinen Höhepunkt erreicht⁴. Beide Parteien sind darauf bedacht, beim Heiligen Stuhl möglichst oft wegen nationalistischer Exzesse der Gegenpartei zu protestieren⁵. Das ganze Leid einer gemischtsprachigen Bevölkerung wird hier deutlich, wenn sich Politik und nationalistische Propaganda einmal der Situation bemächtigt haben. Man wird sich nicht des Eindrucks erwehren können, daß sich hierbei die polnische Bevölkerung und auch der polnische Klerus mehr exponierten. Wenn Ende 1939 in einer Kirche Wilnas die polnische Nationalhymne gesungen wird, wenn der Erzbischof von Wilna das in Litauen vorgeschriebene Gebet für die Republik und ihren Präsidenten verhindert (Nr. 72, S. 157), oder wenn man am Gebet für Polen und an der Anrufung „Regina Poloniae“ in der Lauretanischen Litanei festhalten möchte⁶, dann sind das an sich nebensächliche, aber doch bezeichnende Einzelfälle für eine ausgeprägt nationalistische Mentalität.

Indessen lassen sich Spannungen dieser Art mit der vom deutschen Regime geplanten Vernichtung überhaupt nicht vergleichen. Auch als Deutscher wird man dem Krakauer Erzbischof Sapieha zustimmen, wenn dieser einmal den Versuch einer Rechtfertigung deutscher Maßnahmen mit scheinbaren Parallelfällen aus der Zeit nach dem ersten Weltkrieg entschieden und entrüstet zurückweist⁷. Damals handelte es sich nur um (wenn auch häufige) Einzelfälle; jetzt ging es um ein systematisches Vernichtungsprogramm.

Bolschewistisches und nationalsozialistisches Regime

Gewiß trägt an den Leiden des polnischen Volkes nicht ausschließlich die deutsche Verwaltung die Schuld. In nicht geringem Ausmaß sind sie dem stalinistischen Bolschewismus zur Last zu legen, wie auch die hier vorgelegten Dokumente zeigen. Man darf aber nicht vergessen, daß die Russen nur dank der Initiative der deutschen Re-

³ Vgl. hierzu Actes et Documents I 186, 204 f., 212 f.

⁴ Vgl. die Proteste des polnischen Botschafters beim Hl. Stuhl: Nr. 185 (S. 282) und Nr. 189 (S. 285 f.).

⁵ Z. B. von Litauens Nr. 61 (S. 142), Nr. 72 (S. 157).

⁶ Siehe Nr. 78 (S. 167). Später werden von den Polen dem litauischen Koadjutor Behinderungen des Gottesdienstes vorgeworfen; vgl. Nr. 515 (805 f.); Nr. 543 (S. 837–843); hier findet sich (S. 842) die etwas spitze Bemerkung des Litauers Reiny's: „Märtyrer der Nation sind nicht auch damit schon Märtyrer Christi“ (martyres nationales non eo ipso martyres Christi sunt); Nr. 556 (S. 856–859).

⁷ Siehe den Bericht des Berliner Nuntius vom 2. Sept. 1941: Nr. 300 (S. 446 f.).

gierung 1939 so weit nach Westen vorstoßen konnten, wodurch die Verantwortung auf Deutschland zurückfällt. Das nationalsozialistische Regime erscheint bei einem Vergleich mit dem bolschewistischen in einem fast noch ungünstigeren Licht. Ostpolen, das auf Grund des deutsch-russischen Vertrags vom August 1939 nach dem Polenfeldzug Rußland zugeteilt war, wurde zu Beginn des Rußlandkrieges 1941 von den Deutschen besetzt. Die Bevölkerung lernte dort nacheinander beide Formen der Diktatur kennen.

Der ruthenische Erzbischof von Lemberg, Szeptycky, aus altem polnischen Adel stammend und damals schon über vierzig Jahre Bischof in der Westukraine, dessen Seeleneifer und Bekennermut höchste Bewunderung verdienen, ist ein unverdächtiger und glaubwürdiger Zeuge. Seine in vollendetem Französisch geschriebenen Berichte nach Rom, die er zuerst durch die Vermittlung deutscher Offiziere, dann aber auf abenteuerlichen Wegen durch einen Boten über die Karpathen nach Ungarn und von dort in den Vatikan gelangen lassen konnte, geben ein erschütterndes Bild der Lage unter beiden Herrschaftsformen. Ende 1939, nach den ersten Wochen russischer Besetzung, schreibt er:

„Wenn man dieses Regime in Friedenszeiten beobachtet – die Russen kamen ja auf friedlichem Weg hierher –, kann man verstehen, wie es in Spanien zur Zeit des Bürgerkriegs gewesen sein mag. Ein System, von dem einfachhin alles, was Nächstenliebe oder auch nur Wohlwollen für die Armen wäre, absolut ausgeschlossen ist. Alles, was von den Behörden kommt, scheint nur das eine Ziel zu haben: zu quälen, zu vernichten, zu zerstören . . . Man kann dieses Regime nicht anders erklären als durch eine satanische Massenbesessenheit.“⁸

Seitenweise werden dann Einzelheiten über Unrecht und Grausamkeit der Bolschewisten berichtet, unter anderem auch über die Anwendung von Drogen in bolschewistischen Gefängnissen (S. 171). Zum Schluß unterbreitet der Erzbischof den überraschenden Vorschlag, der Papst solle die kirchlichen Orden auffordern, über Rußland den Exorzismus auszusprechen. „Der Exorzismus der Kirche ist nicht an den Raum gebunden und kann auch aus der Ferne ausgesprochen werden.“ Gerade dieser Vorschlag zeigt, wie sehr der Schreiber des Briefes von jener „Massenbesessenheit“ überzeugt war (S. 173).

Derselbe Erzbischof Szeptycky schreibt dann Ende August 1942, nachdem er also ein Jahr lang die deutsche Verwaltung in den Ostgebieten hatte beobachten können:

„Durch das deutsche Heer vom bolschewistischen Joch befreit, hatten wir eine gewisse Erleichterung verspürt, die allerdings nur einen oder zwei Monate andauerte. Allmählich hat dann die Verwaltung ein Regime des Schreckens und einer unglaublichen Kor-

⁸ Nr. 79 (S. 169, 172). Ähnlich schreibt Bischof Chomyszyn von Stanisławów im August 1941: „Was der Bolschewismus wirklich ist, läßt sich nicht mit Worten sagen. Nur in persönlicher Erfahrung kann man dieses grausame System kennenlernen. Die Bolschewisten sind wie wilde Tiere und wie vom Teufel besessen“ (Nr. 289, S. 424).

ruption aufgebaut, das von Tag zu Tag lastender und direkt unerträglich wird. Heute ist das ganze Land übereinstimmend der Meinung, daß das deutsche Regime schlecht ist, geradezu diabolisch, vielleicht um einen Grad kultivierter als das bolschewistische Regime. Seit wenigstens einem Jahr vergeht kein Tag, an dem nicht die schrecklichsten Verbrechen begangen werden: Mord, Raub, Plünderung, Enteignung, Unterschlagung. Die Juden sind dabei die ersten Opfer. Die Zahl der umgebrachten Juden hat in unserem kleinen Land sicher 200 000 überschritten ... Um es kurz zu sagen: es ist, wie wenn eine Bande Wahnsinniger oder ein Rudel Wölfe sich auf dieses arme Volk gestürzt hätte ... Es ist vorauszusehen, daß die Schreckensherrschaft noch zunehmen wird und daß sie sich mit noch viel größerer Heftigkeit gegen die ukrainischen und polnischen Christen wendet. Denn die Henker, die sich an den Mord der Juden und tausender unschuldiger Menschen gewöhnt haben, sind nun gewohnt, Blut fließen zu sehen und sind selber blutrünstig geworden“ (Nr. 406, S. 625, 626, 628).

Der Bericht umfaßt fast fünf Druckseiten. Die Gleichsetzung zwischen bolschewistischem und nationalsozialistischem Regime – beide werden als diabolisch oder nur durch Besessenheit zu erklären bezeichnet – ist für beide ein vernichtendes Urteil. Erzbischof Szeptyckyj selbst mußte zwei Jahre später wiederum die bolschewistische Verfolgung erfahren, und sein Amtsnachfolger, der heute in Rom lebende Kardinal Slipyi, hatte dann jahrelang russische Haft zu erdulden.

Während Ostpolen nach dem Polenfeldzug 1939 unter russische Herrschaft kam, wurde der weitaus größere Teil des unglücklichen Landes deutscher Verwaltung unterstellt. Dabei wurden die an Deutschland angrenzenden Gebiete dem Reich angegliedert (Reichsgau Danzig-Westpreußen; Regierungsbezirk Zichenau, der an Ostpreußen angeschlossen wurde; ehemals oberschlesische Gebiete kamen zum Gau Oberschlesien; Reichsgau Wartheland), wobei jedoch der Reichsgau Wartheland unter Gauleiter Greiser, der über besondere Vollmachten verfügte, eine administrative Sonderstellung einnahm. Die übrigen Teile Polens wurden unter der Bezeichnung „Generalgouvernement“ zusammengefaßt und behielten eine gewisse Selbständigkeit, natürlich unter deutscher Leitung.

Ungeachtet der verschiedenen Zuständigkeiten begann überall der Kampf gegen die katholische Kirche und vor allem gegen den Klerus. Nirgendwo in den deutschen Besatzungsgebieten wurde dieser Kampf so unbarmherzig und rücksichtslos durchgeführt wie in Polen. Während der Primas von Polen, Kardinal Hlond, und einige andere Bischöfe am Ende des Polenkrieges mit der Regierung außer Landes gegangen waren, wurden die meisten im Land verbliebenen Bischöfe entweder verhaftet (zwei starben im Konzentrationslager⁹) oder interniert. Ein großer Teil des Diözesan- und Ordensklerus wurde ausgewiesen oder verhaftet, wobei die Zahlen ohne ersichtlichen Grund nach den einzelnen Landesteilen variieren. Die Zahl der erschossenen oder in Konzentrationslagern ums Leben gekommenen Priester ist auf ungefähr 3000 anzusetzen.

⁹ Michael Kozal, Weihbischof von Wloclawek, gest. 26. Januar 1943 in Dachau, und Ladislaus Goral, Weihbischof von Lublin, gest. Ende Dezember 1944 oder Anfang Januar 1945 in Oranienburg-Sachsenhausen; vgl. S. 898 Anm. 3.

Schwierigkeiten der Nachrichtenbeschaffung

Nur unter besonderen Schwierigkeiten vermochte der Heilige Stuhl zuverlässige Nachrichten aus dem besetzten Land zu erhalten. Nach dem Ausweis des Dokumentenbandes wachsen die Schwierigkeiten mit dem Fortgang des Krieges, bis etwa Ende 1943 / Anfang 1944 praktisch alle Verbindungen abbrechen. Auch wurden die Schwierigkeiten um so größer, je weiter östlich die einzelnen Gebiete lagen.

Die unter russischer Herrschaft stehenden Gebiete konnten sich nur durch Boten, die unter Einsatz ihres Lebens Briefe beförderten, mit Rom verständigen, es sei denn, daß in einzelnen Fällen deutsche Dienststellen die Weiterleitung übernahmen, soweit sie sich anfangs noch in diesen Grenzgebieten aufhielten¹⁰. Für die unter deutscher Verwaltung stehenden Gebiete war zunächst die Berliner Nuntiatur die Sammelstelle für Nachrichten. 1940 gab es noch eine offizielle Möglichkeit, die Verbindung aufzunehmen, als Nuntiaturrat Carlo Colli, selber zuvor sieben Jahre an der polnischen Nuntiatur tätig, zweimal nach Warschau reisen konnte, um das Archiv der dortigen Nuntiatur, seiner ehemaligen Dienststelle, zu übernehmen. Dabei gelang es ihm, eine Reihe wertvoller Informationen einzuholen¹¹. Er mußte allerdings auf die bereits vorgesehene Ernennung zum Nuntius in Litauen verzichten, da der Berliner Nuntiatur seine persönliche Kenntnis Polens allzu wichtig erschien (Nr. 88, S. 186). Er starb als Nuntiaturrat kurz nach dem Krieg in Deutschland. Daneben gab es eine ganze Reihe geheimer Verbindungswege zwischen Polen und der Nuntiatur. Allerdings wurden diese Möglichkeiten im Lauf der Zeit mehr und mehr eingeschränkt, und es konnte auch nicht vermieden werden, daß einige Schriftstücke in unrechte Hände kamen (S. 496, Anm. 1). So zeigen gerade die Dokumente über Polen und die baltischen Staaten, wie unersetzbar die Berliner Nuntiatur als Postverteilungsstelle für ganz Mitteleuropa war.

Eine weitere Möglichkeit der Information und des sicheren Postverkehrs bot sich durch Italiener, die dienstlich in dem von den Deutschen besetzten Polen zu tun hatten. Es waren Diplomaten, Industrielle oder – nach dem Beginn des Rußlandfeldzugs – Feldgeistliche, vor allem Kapläne, die als Begleiter italienischer Lazarettzüge zum Rücktransport italienischer Verwundeter in den Osten fuhren. Das vielleicht wichtigste Beispiel für die Information durch Diplomaten ist die Privataudienz des ehemaligen italienischen Generalkonsuls in Warschau bei Pius XII. am 11. Mai 1940. Der Papst selbst schrieb anschließend einen kurzen Bericht über das Gehörte: „Er (der Generalkonsul) betonte – und hierin stimmte seine Gattin völlig überein –, daß es unmöglich ist, sich eine Vorstellung von der Grausamkeit und von dem Sadismus zu machen, mit denen die Deutschen – oder besser gesagt: die Gestapo, kommandiert von Himmler, dem eigentlichen Verbrecher, und aus verkommenen Subjekten zu-

¹⁰ Z. B. Nr. 79 (vgl. Postscriptum S. 173); Nr. 217 (S. 318), Nr. 219 (S. 321) wird jeweils die Antwort über die deutsche Gesandtschaft in Estland erbeten.

¹¹ Erste Reise Collis nach Warschau Mitte Oktober 1939, vgl. Nr. 33 (S. 103–109); zweite Reise im Februar 1940; vgl. Nr. 123 (S. 226 f.).

sammengesetzt¹² – das polnische Volk zu Tode quälen und es völlig auszurotten versuchen“ (Nr. 137, S. 240 f.). Die eigenhändige Aufzeichnung des Papstes, die die Namen des Generalkonsuls, seiner Frau sowie anderer Gewährsleute enthielt, wurde besonders aufbewahrt. Als bei der Besetzung Roms durch die deutschen Truppen im September 1943 die Gefahr bestand, daß die Grenzen des Vatikans nicht respektiert würden, wurden die Namen aus dem Blatt herausgeschnitten. Nach dem Abzug der Deutschen ersetzte Msgr. Tardini auf dem Schriftstück die fehlenden Namen: ein Hinweis, wie diese Information durch vier Jahre beachtet wurde.

Zwei Tage nach jener Audienz empfing Pius XII. den italienischen Botschafter beim Hl. Stuhl, Alfieri, der nach Berlin versetzt war, in Abschiedsaudienz. In der dramatischen Unterredung warf der Papst der italienischen Regierung vor, sie sei mitschuldig an den Greueln in Polen, weil sie Deutschland einfachhin gewähren lasse, und er fügte bei, der Heilige Stuhl selbst würde protestieren, wenn nicht durch einen solchen Protest das Schicksal jener unglücklichen Menschen nur noch mehr verschlimmert würde¹³. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Information durch den Generalkonsul und der Vorwurf des Papstes in innerem Zusammenhang stehen.

Der andere Beförderungsweg – durch italienische Feldgeistliche – sei am Beispiel eines Briefes des Krakauer Erzbischofs Sapieha illustriert. Ende Februar 1942 hatte der Erzbischof einen ausführlichen, offenen Bericht über die Lage der Kirche in Polen geschrieben. Dort heißt es:

„Unsere Lage ist fürwahr äußerst tragisch; wir sind fast aller elementarsten Rechte beraubt und der Willkür von Menschen, die zum größten Teil jeglichen menschlichen Mitgefühls bar sind, ausgesetzt. Wir leben unter einem beständigen, entsetzlichen Terror und in der Gefahr, im Fall einer Deportation oder einer Haft in einem der sogenannten Konzentrationslager, aus denen nur wenige lebend zurückkommen, alles zu verlieren. In diesen Lagern werden Tausende und Abertausende unserer besten Landsleute gefangengehalten, und zwar ohne Prozeß und ohne irgendwelche Schuld. Unter ihnen sind sehr viele aus dem Welt- und Ordensklerus. Auf Grund der geltenden Verordnungen fehlt es am Lebensnotwendigen; was an Nahrungsmitteln zugewiesen wird, ist völlig unzureichend. Dazu kommt jetzt noch die Typhusepidemie, die sich wegen des Mangels an Medikamenten immer stärker ausbreitet“ (Nr. 357, S. 539).

Erzbischof Sapieha hatte diesen Brief dem Kaplan eines Lazarettzugs des Malteserordens zur Beförderung nach Rom übergeben. Aber am darauffolgenden Tag ließ Sapieha den Geistlichen durch einen Vertrauensmann auffordern, er solle sofort den Brief verbrennen; fiel der Brief in die Hände der Deutschen, würden alle Bischöfe und viele andere Polen erschossen. Der Feldgeistliche kam dem Auftrag nach, schrieb aber zuvor den Brief ab und überbrachte die Abschrift mit einem genauen Bericht über den Vorfall dem Vatikan. Kurz vorher hatte der Erzbischof hilflos mitansehen müs-

¹² Auch sonst wird nicht selten der Unterschied zwischen der Wehrmacht und der SS betont; vgl. z. B. Nr. 96 (S. 195), Nr. 355 (S. 533).

¹³ Siehe den Bericht über diese Audienz in: *Actes et Documents* I 454 f.

sen, wie die Gestapo seine beiden Sekretäre verhaftete und ins Konzentrationslager brachte. So läßt sich seine Besorgnis wegen des in ungemein scharfen Worten formulierten Briefes durchaus verstehen.

Gerüchte und Falschmeldungen

Die Informations- und Kommunikationsschwierigkeiten wurden noch durch Gerüchte und durch bewußte Falschmeldungen vermehrt. Keine Stellung und kein Amt bot dagegen wirksamen Schutz. So gab Kardinalprimas Hlond während des Polenfeldzugs in allem Ernst die Information weiter, die in Polen abgeschossenen Flugzeuge seien meist von Hitlerjungen und Mädchen des BDM besetzt gewesen; „wenn sie mit dem Leben davonkamen, erschienen sie wie alkoholisiert; zuerst dachte man an Alkoholmißbrauch. Dann stellte sich heraus, daß die jungen Leute Heroininjektionen erhalten hatten“ (Nr. 13, S. 79). Im Mai 1940 wurde dem Vatikan berichtet: „Das schlimmste Unrecht, das die Deutschen den jungen Polen antun, die zu Zwangsarbeit nach Deutschland gebracht werden, ist die Sterilisierung der Mädchen und der jungen Männer, die sich nicht als volksdeutsch erklären. Dagegen kehren die Mädchen, die sich als volksdeutsch gemeldet haben, schwanger aus Deutschland zurück. Es ist ihnen in Deutschland weder erlaubt sich gegen einen Deutschen zur Wehr zu setzen, noch dürfen sie einen Eingriff vornehmen lassen“ (Nr. 142, S. 246). Ein anderes Mal wird ein Bischof fälschlich als tot gemeldet (S. 898, Anm. 3). Im September 1942 gibt der damals in England lebende Bischof Radoński neben vielen sachlich richtigen Informationen auch die Nachricht weiter, Klosterfrauen würden vergewaltigt (Nr. 410, S. 635). Öfter läßt sich aus den Dokumenten nachweisen, wie Einzelfälle verallgemeinert oder völlig unrichtige Informationen verbreitet wurden.

Besonders berühmt gewordene Beispiele beabsichtigter Fehlmeldungen sind der angebliche Brief Stalins an den Papst, in dem der russische Diktator Religionsfreiheit versprochen haben soll, und die im Sommer 1941 „entdeckten“ dreißig Punkte des Programms für eine deutsche Nationalkirche. Der „Stalinbrief“ wurde im Frühjahr 1942 von einer italienischen Nachrichtenagentur verbreitet, vermutlich um den Papst zu kompromittieren. Die Alliierten nahmen indessen die Nachricht ernst und suchten damit die veränderte Einstellung Stalins zur Kirche zu beweisen (Nr. 375, S. 566 Anm. 2). Auch das Nationalkirchenprogramm wurde so ernst genommen, daß Präsident Roosevelt am 28. Oktober 1941 in einer Rundfunkrede ausführlich davon sprach. In Wirklichkeit handelte es sich um eine erstmals 1930 kolportierte Idee eines völlig unbedeutenden Phantasten, die in den Kriegsjahren bewußt hervorgezogen wurde (S. 34 f.). Die deutsche Propaganda fand denn auch den gewünschten Erfolg, da die Alliierten das Gerücht als bare Wahrheit aufgenommen hatten. Mit solchen Tricks der Propagandakriegsführung mußte man damals rechnen. In der Fülle der unkontrollierbaren Informationen das Richtige und Stichhaltige zu finden, war bei der Schwierigkeit der Nachrichtenbeschaffung keine leichte Aufgabe.

Schon während des Krieges wurde behauptet – die Behauptung wurde nach dem Krieg öfters wiederholt, zuletzt noch in einem in der DDR erschienenen Werk, das sich als wissenschaftliche Untersuchung darbietet¹⁴ –, Hitler habe vor Beginn des Rußlandfeldzugs dem Vatikan zugesichert, er werde die seelsorgliche Tätigkeit der Kirche in Rußland voll unterstützen, wenn der Heilige Stuhl den Feldzug als einen Kreuzzug billige. Die Wirklichkeit war ganz anders. Wie sich die deutschen Verwaltungsstellen gegenüber den Katholiken in den Ostgebieten verhielten, geht aus den Dokumenten deutlich hervor. Schon im März 1942 hatte der Kardinalstaatssekretär erklärt: „Zu dieser Frage möchte ich betonen, daß weder vor noch nach dem Beginn des deutsch-russischen Krieges irgendeine Absprache zwischen dem Reichskanzler und dem Heiligen Stuhl erfolgt ist über die seelsorgliche Betreuung der Gläubigen in den eventuell von den Russen zu räumenden Gebieten“ (S. 27 f.).

Der Vorwurf des Schweigens

Die Dokumentensammlung ruft die zum guten Teil bereits vergessene Tatsache in Erinnerung, daß die nach dem Tod Pius' XII. erhobenen Vorwürfe – er habe passiv geschwiegen, sei untätig geblieben oder habe gar mit dem nationalsozialistischen Regime sympathisiert – nur die Vorwürfe wiederholten, die interessierte Kreise während des Krieges gegen die Haltung des Heiligen Stuhls in der Polenfrage immer wieder vorbrachten. Von Kriegsbeginn an forderten vor allem exilpolnische Wortführer oftmals eine öffentliche Verurteilung und einen lautstarken Protest des Papstes gegen das Vorgehen der Deutschen, und man vertrat die Ansicht, daß sich damit die Situation zum Besseren ändern würde. Nicht nur Politiker, auch im Exil lebende Bischöfe machten sich zu Sprechern dieser Auffassung. Bischof Radoński zum Beispiel warf dem Vatikan vor, er habe sich von Deutschland gleichsam kaufen lassen:

„Es schmerzt mich zu sehen, wie sich die Herzen der Gläubigen mehr und mehr vom Stellvertreter Christi abwenden. Man sagt: die Kirchen werden entweiht oder geschlossen, die Gläubigen werden dezimiert, der Gottesdienst hat weithin aufgehört, Bischöfe werden vertrieben, Hunderte von Priestern werden umgebracht oder eingekerkert, Klosterfrauen werden vergewaltigt [ein Beispiel einer Fehlinformation], fast täglich werden unschuldige Geiseln vor den Augen von Kindern getötet, die Bevölkerung, alles Lebensnotwendigen beraubt, stirbt vor Hunger – und der Papst schweigt, als ob er sich nicht um seine Herde kümmern würde“ (Nr. 410, S. 634 f.).

Dieser Vorwurf des Schweigens kehrt in den Dokumenten in vielfach abgewandelter, aber inhaltlich gleicher Form häufig wieder¹⁵.

¹⁴ H. Mohr, *Katholische Orden und deutscher Imperialismus* (Berlin 1965) 164.

¹⁵ Vgl. z. B. Nr. 253 (S. 373) und Nr. 287 (S. 420). Kardinal Hlond schreibt: „Und ich bin doch in Angst und Zweifel, ob es wirklich der Wille Gottes ist, daß man diese Ungeheuerlichkeiten weiterhin mit dem Schleier eines tiefen Stillschweigens bedeckt“ (Nr. 264, S. 387).

Drohende Vergeltungsmaßnahmen

Aber gleichzeitig erreichten den Heiligen Stuhl sichere Nachrichten über Vergeltungsmaßnahmen, die durch Proteste ausgelöst waren. Im Gegensatz zu den Vorwürfen stammten diese Informationen aus dem Land selbst, waren also wirklichkeitsnäher und konnten deshalb nicht übergangen werden. Schon im Januar 1940 kam eine erste Warnung. In einem Bericht über die erste Terrorwelle nach dem Polenfeldzug schreibt der Bischof von Danzig, der auch die Nachbardiözese Kulm (Chelmno) zu verwalten hatte:

„Dieses Wüten dauerte in der Hauptsache von Ende Oktober bis Ende November [1939]. Die Gestapo hat mir auf eine Anfrage hin gesagt, Kardinal Hlond [der sich damals in Rom aufhielt] hätte in einer Rede im Vatikanischen Sender die polnische Bevölkerung zum Widerstand aufgerufen und dem hätte sie, die Gestapo, vorbeugen müssen. Es ist Tatsache, daß diese Rede den Katholiken immer wieder vorgehalten wird. Man sagt: Kardinal Hlond hätte gesagt: Das polnische Volk solle sich um seine Priester und Lehrer scharen. Daraufhin sind unzählige Geistliche und Lehrer entweder verhaftet worden, erschossen worden, auf furchtbarste Art zu Tode gequält worden oder auch nach dem weiten Osten verschickt worden“ (Nr. 96, S. 195).

In ähnlicher Weise wendet man sich aus dem von den Russen besetzten Litauen wegen Sendungen des Vatikansenders an den Vatikan¹⁶.

Nachdem im August 1940 der englische Kardinal Hinsley in London eine scharfe Rede gegen Deutschland gehalten hatte, berichtet der Berliner Nuntius, er habe mit einer Vorsprache zugunsten eines inhaftierten polnischen Bischofs nichts erreichen können. „Offensichtlich hat man angeordnet“, schreibt Orsenigo, „daß wir die Rede von Herrn Kardinal Hinsley zu bezahlen haben“ (Nr. 190, S. 286). 1942 wies der Heilige Stuhl energisch die wiederholte Forderung der deutschen Regierung, vor Besetzung von verwaisten Bischofssitzen in den besetzten Gebieten gehört zu werden, endgültig zurück, um auch nicht indirekt durch ein solches Zugeständnis die deutschen Annexionen anzuerkennen. Als Gegenmaßnahme erklärte die Reichsregierung, sie erkenne dem Nuntius in Berlin nur mehr eine Zuständigkeit für das Gebiet des Altreichs zu und nehme deshalb keine Demarche zugunsten anderer Gebiete mehr entgegen (Nr. 390, S. 596–598).

Wie sich diese Repressalie auswirkte, wird aus einem Bericht des Nuntius vom Juli 1942 deutlich. Er war vom Vatikan beauftragt worden, zugunsten mehrerer inhaftierter und zum Tode verurteilter Laien und Geistlichen aus Frankreich und Polen zu intervenieren. Er kann aber nur mehr mitteilen, „daß keinerlei Gnadengesuch zugun-

¹⁶ Weihbischof Brizgys von Kaunas: „Zum wiederholten Male bitte ich . . . Radio Vatikan anzuweisen, daß der litauische Sprecher keine ‚Nachrichten‘ über Litauen bringt . . . Wir erwarten Nachrichten über die katholische Welt oder eine Erklärung des Katechismus . . . Was bei uns geschieht, das wissen wir selbst“ (Nr. 241, S. 358).

sten der mir vom Staatssekretariat bezeichneten Personen ... mehr entgegengenommen werde“ (Nr. 399, S. 615 f.).

Das deutlichste Argument für die Berechtigung des erzwungenen Schweigens des Heiligen Stuhles gibt wiederum der Krakauer Erzbischof Sapieha. Während der exilierte Bischof Radoński öffentliche Proteste forderte und die Nachricht weitergab, der Heilige Stuhl habe sich gleichsam von den Deutschen kaufen lassen (Nr. 410, S. 636), schreibt der in Polen selbst lebende Oberhirte, der die wirkliche Lage wohl am besten abzuschätzen wußte:

„Wir bedauern sehr, die Briefe Eurer Heiligkeit nicht unseren Gläubigen bekanntgeben zu können; aber dies würde nur den Vorwand zu neuen Verfolgungen abgeben, und wir haben bereits schon genügend Opfer, die verdächtigt werden, geheime Verbindungen mit dem Heiligen Stuhl aufgenommen zu haben“ (Nr. 437, S. 670).

Polen unter Druck

In welcher Zwangslage sich der Papst befand, der auf die im Land lebenden Polen Rücksicht nehmen mußte, wird noch deutlicher, wenn man aus den Dokumenten die durch den Druck der Verhältnisse erzwungene Handlungsweise der Polen selbst untersucht. Sie mußten nicht selten ihre Zustimmung zu Maßnahmen geben, die eigentlich nur ihre Mißbilligung finden konnten, und mußten sich damit gegen ihren Willen geradezu zu Kollaborateuren abstempeln.

So schrieb der polnische Bischof von Kattowitz, Adamski, den ausschließlichen Gebrauch der deutschen Sprache bei den Gottesdiensten vor, sicher nicht aus Vorliebe für Deutschland, sondern unter einem furchtbaren Druck, um überhaupt noch eine minimale Seelsorge aufrechterhalten zu können (Nr. 157, S. 260). Der gleiche Bischof übernimmt in einem Bericht die volle Verantwortung dafür, daß sich die Priester seiner Diözese als „Volksdeutsche“ erklärt hatten: „Die Priester haben auf Anweisung des Bischofs, da sie im Diözesanbezirk geboren und für ihn geweiht sind, und in ihm ihre Tätigkeit ausüben wollen, sich zum volksdeutschen Charakter bekannt, und sind deshalb nicht allgemein ausgewiesen worden.“¹⁷ Wenn Adamski selbst in seinen Schreiben nach Rom regelmäßig die deutsche Sprache gebraucht, so ist dies auch nicht anders als durch Gewissensdruck zu erklären; er mußte ja jederzeit mit Vernehmungen rechnen und wollte sich offensichtlich nicht zusätzlich gegenüber der deutschen Verwaltung kompromittieren.

Die polnischen Generalvikare von Gnesen und Posen, van Blericq und Dymek, baten den Heiligen Stuhl ausdrücklich um Ernennung eines deutschen Administrators für die

¹⁷ Nr. 280 (S. 411). Der Text fährt fort: „Die Bischöfe haben sich zur polnischen Nationalität bekannt und wurden ausgewiesen. Die katholische Haltung der Gläubigen ist dadurch gestärkt worden, auch bei deutschen Katholiken.“

deutschen Katholiken ihrer Diözesen, wodurch sie – natürlich nur unter dem Druck der Verhältnisse – die erzwungene Trennung zwischen Deutschen und Polen auch im kirchlichen Bereich anzuerkennen schienen (Nr. 315, S. 475). Als der im Reichsgau Wartheland mit diktatorischen Vollmachten ausgestattete Reichsstatthalter Greiser völlig willkürlich und einseitig in das Gefüge der kirchlichen Verwaltung eingriff und einengende, schikanöse Verordnungen für das kirchliche Leben erließ, sahen die beiden polnischen Generalvikare wiederum keine andere Möglichkeit als eine Zustimmung:

„Die beigelegte Verordnung ist in Kraft getreten und jeder Versuch einer Nichtbeobachtung führt unmittelbar dazu, daß die noch geöffneten Kirchen ebenfalls geschlossen und die noch in Freiheit lebenden Priester eingekerkert werden und daß damit jegliche Seelsorge einfachhin unmöglich gemacht würde.“

Und sie bitten angesichts dieser äußersten Notlage den Papst um die Zustimmung zu außerordentlichen Maßnahmen, nämlich zu einer faktischen Anerkennung jener einschränkenden Verordnungen (Nr. 381, S. 576 f.).

Schon diese wenigen Beispiele, die sich unter jeder Rücksicht vervielfachen ließen, zeigen die kaum mehr entwirrbare Kompliziertheit der Situation, in der der Papst seine Entscheidungen zu treffen hatte. Dabei kann von einem eigentlichen „Schweigen“, wie es ihm damals vorgeworfen wurde, keine Rede sein. Gewiß war jede seiner öffentlichen Äußerungen zuvor mit den verantwortlichen Männern der Kirche in Polen abgestimmt. Denn es war für den Heiligen Stuhl eine Selbstverständlichkeit, daß nichts getan werden dürfe, was die Polen in ihrem Land in noch größere Gefahr hätte bringen können. Wer heute nachträglich vom Papst eine andere Haltung fordern wollte, würde damit zugleich verlangen, Pius XII. hätte eine gar nicht abzuschätzende Zahl von Polen zusätzlich in die deutschen Konzentrations- und Vernichtungslager treiben sollen. Im Einverständnis mit der polnischen Hierarchie ging Pius XII. so weit, wie es nur irgendwie möglich und angebracht erschien.

Der Dokumentenband enthält alle päpstlichen öffentlichen Äußerungen in zeitlicher Reihenfolge. Hierher gehören die Rede vom 30. September 1939 in Castel Gandolfo an die Exilpolen (Nr. 15, S. 82), ein ganzer Abschnitt in der ersten Enzyklika Pius' XII. „*Summi Pontificatus*“ vom 20. Oktober 1939, in dem Vorschläge des Primas von Polen verwertet wurden¹⁸, ferner Hinweise in den Weihnachtsbotschaften und in anderen Ansprachen.

Höhepunkt der Verfolgung

Anfang 1942 schien die Verfolgung der Kirche einen Höhepunkt erreicht zu haben. Die Nachrichten aus Polen waren hoffnungslos. Monsignore Tardini faßte damals in einer Aufzeichnung die Überlegungen und vorgeschlagenen Möglichkeiten zusammen:

¹⁸ Siehe *Actes et Documents* I 316–323 (Auszüge aus der Enzyklika).

„Man besprach die furchtbare Lage in Polen. Die armen Polen sind der elementarsten Rechte beraubt. Bischöfe und Klerus sind verfolgt, gehetzt, in der Ausübung ihres Amtes behindert. Bisher war der Erzbischof von Krakau die Stütze des Episkopats und der Katholiken. Seine mutige und feste Haltung hat ihm die Hochachtung und das Mitgefühl aller gewonnen. Aber – und das war zu erwarten – sie hat ihm auch die Strafmaßnahmen der Deutschen zugezogen: die Gestapo umstellt ihn, läßt alles ausspionieren, verfolgt ihn, nimmt ihm seine Mitarbeiter weg und wirft sie ins Gefängnis. Mit einem Wort: man schafft um ihn eine Zone des Todes und des Grauens. Auch der stärkste Mann kann dem auf die Dauer nicht widerstehen ... Die letzten Nachrichten schildern Erzbischof Sapieha terrorisiert und verzweifelt“ (Nr. 378, S. 571).

Dann überlegt Tardini, wie man dem Krakauer Erzbischof helfen und dem polnischen Volk Vertrauen geben könne. Vor allem fragt er, ob ein öffentlicher Protest eine wirksame Hilfe bringen könne. Er meint dazu:

„Eine öffentliche Kundgebung des Heiligen Stuhles zur Verurteilung so großen Unrechts und zum Protest dürfte nicht ratsam erscheinen. Nicht als ob es an Stoff dafür fehlte! Und nicht als ob eine solche Verurteilung nicht in die Zuständigkeit des Heiligen Stuhles fiel! ... Aber praktische Gründe scheinen, wenigstens für den Augenblick, eine solche öffentliche Kundgebung zu verbieten. Tatsächlich würde unter den gegebenen Umständen eine Verurteilung seitens des Heiligen Stuhles weitgehend von der einen kriegführenden Seite zu politischen Zwecken ausgenützt. Außerdem würde die deutsche Regierung, die sich ja davon betroffen fühlen muß, sicherlich zwei Dinge tun: erstens würde sie die Verfolgung der katholischen Kirche in Polen noch steigern, und zweitens würde sie mit allen Mitteln zu verhindern wissen, daß der Heilige Stuhl überhaupt noch eine Verbindung mit dem polnischen Episkopat hätte und jene Hilfsmaßnahmen weiterführen könnte, die bis jetzt – wenn auch in bescheidenem Ausmaß – noch möglich sind. Das heißt also: daß eine öffentliche Verlautbarung des Heiligen Stuhles in sich mißbraucht und zur verschärften Verfolgung benützt würde“ (S. 570).

Als möglichen Ausweg schlug damals Tardini eine genau belegte und ins Detail gehende Protestnote an die deutsche Regierung vor, wobei die Zustände im Warthegau, wo ja die Kirchenverfolgung am weitesten vorgetrieben war, gebrandmarkt werden sollten. Die Arbeit dauerte mehrere Monate; denn jede Einzelheit mußte überprüft werden, um nicht durch eine Fehlbehauptung der deutschen Regierung eine leichte Handhabe zur Zurückweisung der Note zu geben. Da zu befürchten war, daß die deutsche Botschaft beim Heiligen Stuhl die Annahme der Note verweigern würde, beschloß man, sie durch den Nuntius in Berlin übergeben zu lassen. Schließlich kam man von der Form einer diplomatischen Note ab und entschied sich für einen Brief des Kardinalstaatssekretärs an Außenminister von Ribbentrop. Als Sprache des Briefes wählte man italienisch; das Außenministerium sollte so gezwungen werden, sich intensiver mit dem Schreiben zu beschäftigen. Der Brief, datiert vom 2. März 1943 und über zehn Druckseiten lang, wurde auftragsgemäß Staatssekretär von Weizsäcker

(in Abwesenheit des Außenministers) übergeben, wurde aber wenige Tage später als „unannehmbar“ zurückgestellt¹⁹.

Man wird verstehen, daß sich die Polen nicht selten eine wirksamere Unterstützung vom Heiligen Stuhl wünschten und sich häufig verlassen vorkamen. Es fehlt nicht an Klagen in dieser Richtung²⁰. Je länger die Besetzung des Landes dauerte, um so stärker wurde die Isolierung der Bevölkerung, und um so weniger konnte sie erfahren, was der Heilige Stuhl tatsächlich zu ihren Gunsten unternahm und was er überhaupt unter den gegebenen Umständen tun konnte. Auch die Tätigkeit des Berliner Nuntius wurde kritisch beurteilt; einmal warf man ihm ein nicht polenfreundliches Verhalten vor²¹. Daß dieser Vorwurf vom Staatssekretariat entschieden zurückgewiesen wurde, war zu erwarten (Nr. 468, S. 725). Man wird allerdings nicht umhin können, bei Nuntius Orsenigo einen gewissen Mangel an Entschiedenheit und eine vielleicht zu große Nachgiebigkeit in manchen Fragen festzustellen²². Andererseits darf nicht übersehen werden, daß seine Position in Berlin immer schwieriger wurde. Einmal war die Existenz der Nuntiatur von größter Bedeutung nicht nur für die deutsche Kirche, sondern für die Kirche in allen besetzten Gebieten; dann standen ihm gegenüber der immer überheblicheren und geradezu zynischen Verhaltensweise der Berliner Ministerialbürokratie keine wirksamen Mittel zur Verfügung. Wer deshalb an Nuntius Orsenigo Kritik üben möchte, mußte sich um der Ehrlichkeit willen die Frage vorlegen, was ein anderer an seiner Stelle hätte wirklich tun und erreichen können.

Nach dem Fehlschlag der diplomatischen Intervention mit dem Brief an Ribbentrop suchte der Vatikan im Einvernehmen mit Erzbischof Sapieha nach der Möglichkeit eines weiteren Schrittes. Auch davon konnte man sich zwar keine Besserung der Lage versprechen. Aber es sollte wenigstens ein Zeichen der Verbundenheit gesetzt werden,

¹⁹ Vgl. die Instruktion an den Nuntius Nr. 481 (S. 753 f.).

²⁰ Der deutsche Administrator Breitingen schreibt am 28. Juli 1942, nachdem er über die Lage der deutschsprachigen Katholiken im Wartheland berichtet hat: „Da die natürlichen Rechte der Polen, soweit solche anerkannt werden, auf ein Mindestmaß zusammengeschrunpft sind, sind die polnischen Katholiken in noch weit größerem Umfange von der Seelsorge abgeschnitten. Auf sie glaubt man keine Rücksicht nehmen zu brauchen, da sich niemand offen ihrer anzunehmen wagt“ (Nr. 397, S. 612); am 23. November 1942: „Die katholische Bevölkerung des Warthelandes wirft immer wieder die Frage auf, ob der Papst nicht helfen kann und warum er schweigt“ (Nr. 444, S. 683); am 4. März 1943 (Nr. 481, S. 756): „Wenn es auch im Wartheland viele Menschen gibt, die in ihrem Unglück und ihrer Verzweiflung oftmals nach einem helfenden Wort des Hl. Vaters fragen, so gibt es doch auch viele, und ich darf ruhig sagen, es werden derer von Tag zu Tag mehr, die das Schweigen Eurer Heiligkeit als ein heroisches Schweigen bezeichnen und die sich dessen bewußt sind, daß durch dieses heroische Schweigen die Grundlage für eine friedliche Neuordnung der Welt geschaffen wird.“

²¹ Erste Vorwürfe schon im September 1940 (Nr. 201, S. 295 f.); besonders in Nr. 454 (S. 705). Vgl. auch die Kritik in Nr. 432 Annexe (S. 664).

²² Sicher fehlte es Orsenigo nicht an persönlichem Mut und an der Bereitschaft sich einzusetzen. Aber offensichtlich war er oft durch die Befürchtung, er gefährde die Existenz der Nuntiatur und mache weitere Interventionen unmöglich, in seinem Auftreten gehemmt. Als bezeichnendes Beispiel sei hier nur der Bericht über eine Rücksprache mit Unterstaatssekretär Woermann von Ende 1939 genannt (Nr. 77, S. 165 f.). Hierher gehören auch seine Bemühungen, in direkten Kontakt mit Himmler zu kommen (Nr. 208, S. 305 und Nr. 221, S. 325).

ohne daß damit neue Gefahren ausgelöst würden. Man bereitete einen Papstbrief an den polnischen Episkopat vor, der von Rom aus publiziert werden sollte, um dem Wort des Papstes eine möglichst große Beachtung zu geben. Mit dem Datum vom 31. Mai 1943 war der Text nach genauer Überprüfung durch Monsignore Tardini und Kardinalstaatssekretär Maglione fertiggestellt. Im letzten Augenblick wurde der Plan aber aufgegeben²³. Offensichtlich fürchtete man die polnischen Bischöfe als Adressaten des Briefes zu gefährden. Deswegen fügte Pius XII. in die Ansprache zum Fest des hl. Eugenius einen eigenen Abschnitt ein, der die Gedanken des Briefes enthielt: eine klare Verurteilung der an dem polnischen Volk begangenen Verbrechen und eine uneingeschränkte Anerkennung des Heldentums der Polen. Der Papst selbst gab dem Abschnitt die Überschrift: „Größe, Leiden und Hoffnungen des polnischen Volkes“ (Nr. 510, S. 801 f.). Man sorgte dafür, daß dieser Passus in Polen selbst verbreitet wurde²⁴.

Kriegsende und Nachkriegszeit

Die letzte Phase des Krieges ist durch die fast totale Isolierung Polens und die Unmöglichkeit jeglicher Verbindung gezeichnet. Eine Aufzeichnung des Staatssekretariats vom Februar 1945 besagt: „Die religiöse Lage in Polen muß sehr tragisch sein. Seit bald zwei Jahren fehlen die Nachrichten; zuerst kamen sie nur spärlich, jetzt überhaupt nicht mehr. Wie viele Diözesen sind unbesetzt? Es ist unmöglich, das genau festzustellen“ (Nr. 591, S. 897). Zu zahlreichen Briefen finden sich Vermerke, daß es nicht mehr möglich war, sie den Adressaten zuzustellen, und daß sie ihnen erst mit großer Verspätung – lang nach dem Krieg – ausgehändigt werden konnten (Nr. 493, S. 774–776; Nr. 499, S. 783–785; Nr. 531, S. 756).

Eine Reihe von Dokumenten, die den Zeitraum des Weltkriegs überschreiten, aber noch notwendig zum Thema gehören, stehen am Schluß des Bandes. Besonders hervorzuheben sind der Abschnitt aus der Ansprache vom 2. Juni 1945, in der der Papst eine erste Statistik der furchtbaren Opfer der polnischen Kirche gab (Nr. 600, S. 907–909), ferner der Brief Pius' XII. an den polnischen Episkopat vom 29. Juni 1945 mit der Beteuerung: „Wir wünschen aber, daß Euch allen bekannt sei, wie wir keine Möglichkeit vorbegehen ließen, durch die wir Euch in Eurem Unglück zu helfen versuchten“ (Nr. 602, S. 910–912), schließlich der Brief des Bischofs von Luck, Szelakczek, an den Papst vom 26. Mai 1946 nach seiner Rückkehr aus russischer Haft (Nr. 605, S. 916–921).

²³ Nr. 509 (S. 798–801); vgl. besonders S. 798, Anm. 1.

²⁴ Siehe die Begleitbriefe Nr. 511 und 512 (S. 802 f.) und die Dankbriefe von Kardinal Hlond (Nr. 519 und 520, S. 809–811), Erzbischof Sapieha (Nr. 523, S. 813) und Bischof Adamski (Nr. 527, S. 819). Nr. 602 (S. 910–912); Nr. 605 (S. 916–921).

Eine genauere Darstellung der karitativen Hilfe des Heiligen Stuhls während der Kriegsjahre für die Polen im Land selbst und im Exil fehlt in dem Band. Nur nebenbei wird davon gesprochen. Eine umfassende Übersicht bleibt einem anderen Band der Dokumentenreihe vorbehalten, der die Hilfstätigkeit des Heiligen Stuhls in der Kriegszeit zum Thema haben wird. Eine Reihe diplomatischer Dokumente – vor allem der Briefwechsel zwischen der polnischen Regierung in London und dem Heiligen Stuhl – wird in anderem Zusammenhang veröffentlicht werden. Doch enthält dieses umfangreiche Werk bereits alle Dokumente, aus denen sich ein umfassendes Bild der kirchlichen Lage in Polen und in den baltischen Ländern (die in unserer Übersicht allerdings kaum berührt wurden) gewinnen läßt. Der Dokumentenband ist naturgemäß eine mühsame Lektüre, nicht für einen großen Leserkreis bestimmt. Es wird die Aufgabe der Zeitgeschichtler sein, das hier vorliegende Material zu verarbeiten. Von den deutschen Historikern wird man erwarten dürfen, daß sie sich mit der dargebotenen Dokumentation vertraut machen und diese neuen Quellen entsprechend auswerten. Mehr als ein erster Hinweis und eine kurze Übersicht konnte hier nicht geboten werden.